



Interviews

Datum: 13. April 2023

Anton Hofreiter im Gespräch mit Barbara Schmidt-Mattern

Barbara Schmidt-Mattern: Am Telefon ist jetzt Anton Hofreiter, Vorsitzender des Europaausschusses im Deutschen Bundestag und Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen. Schönen guten Morgen, Herr Hofreiter.

Anton Hofreiter: Guten Morgen!

Schmidt-Mattern: Wir haben es gerade im Beitrag gehört beziehungsweise die Worte von Annalena Baerbock selbst vor ihrer Abreise nach China: Partner, Wettbewerber, systemischer Rivale. Was ist denn China nun aus Ihrer Sicht, mehr Partner oder mehr Rivale?

Hofreiter: Das hängt ganz stark davon ab, wie sich China zukünftig verhält. Im Moment, wenn man sich anschaut, wie sehr es Russland stützt, wie sehr es Taiwan bedroht, ist es deutlich stärker ein systemischer Rivale, auch wenn Sie an die massiven Menschenrechtsverletzungen im Inneren Chinas denken. Deshalb ist es absolut richtig, dass wir unsere Abhängigkeiten von China reduzieren müssen, und da haben wir auch in Deutschland eine heftige Debatte darüber.

Schmidt-Mattern: In Deutschland, aber auch europaweit. Emmanuel Macron hat nicht erkennen lassen, dass er China als Rivale sieht. Erkennen Sie irgendwo eine europäische Außenpolitik, einen gemeinsamen Umgang gegenüber China?

Hofreiter: Die EU-Kommission, die ja in vielerlei Hinsicht für Europa spricht, hat eine sehr klare Position und Emmanuel Macron hat in meinen Augen das Gegenteil erreicht von dem, was er proklamiert hat, nämlich er hat die europäische Souveränität geschwächt. Die europäische Souveränität wird bedroht durch zu große Abhängigkeiten von Diktaturen und autokratischen Regimen und das ist das, was man lernen kann aus dem Angriff Russlands auf die Ukraine. Deshalb wieder in die gleiche Falle zu tappen bei China, ist keine Stärkung der europäischen Souveränität, sondern eine Schwächung.

Schmidt-Mattern: Umso schwieriger jetzt die Aufgabe, vor der Annalena Baerbock steht, die ab heute in China erwartet wird. Muss sie jetzt diesen Scherbenhaufen, der da auch EU-weit entstanden ist, zusammenkehren?

Hofreiter: Annalena Baerbock hat eine sehr klare Position, die mit der EU-Kommission stark übereinstimmt, und ist sich voll und ganz bewusst und wir Grünen insgesamt sind uns dessen bewusst, dass wir die Abhängigkeit von China reduzieren müssen. Deshalb, glaube ich, ist auch in China bekannt, was da ihre Position ist. Ich glaube, die größere Aufgabe noch als China als solches ist, in Europa das zusammenzubinden, weil insbesondere auch die Länder in Skandinavien und in Osteuropa sehr verärgert sind über Aussagen, dass man stärker unabhängig werden sollte von den USA, weil die nämlich ganz klar sehen, wie sehr die Sicherheit Europas gerade von den USA abhängig ist, und man muss da ehrlicherweise sagen, auch wie wenig im Verhältnis Frankreich dafür tut.

Schmidt-Mattern: Wie wenig Frankreich dafür tut. – Aber die Frage ist auch: Tut Berlin genug? Wir erleben geradezu eine Kakophonie in diesen Tagen, wenn es um die europäische Außenpolitik, um das Verhältnis zu China oder auch den USA geht. Wo sind da, Herr Hofreiter, die großen gemeinsamen Linien?

Hofreiter: Das Problem ist, das wir in Deutschland haben, dass es da auch eine massive Auseinandersetzung gibt, und das sehen Sie auch bei uns in der Wirtschaft exemplarisch, wenn Sie an BASF, Siemens und die drei großen Autokonzerne denken auf der einen Seite, fast den ganzen Rest der Wirtschaft auf der anderen Seite. Der BDI hat ja ein sehr, sehr gutes Papier veröffentlicht. Da gibt es einfach objektive Interessensgegensätze oder Unterschiede und diese fünf großen Konzerne glauben immer noch, ihre Zukunft in China zu sehen. Die haben sich sehr, sehr stark abhängig gemacht von diesem Markt. Das führt dazu, dass sie bestimmte Interessen sehr, sehr laut vertreten, und das finden Sie in Teilen auch in der Bundesregierung vertreten. Denken Sie an die Auseinandersetzung um den Teilkauf des Hamburger Hafens durch Cosco, einer chinesischen Firma. Da gab es auch offensichtliche Auseinandersetzungen. Aber wir – und damit meine ich die Grünen, damit meine ich die Außenministerin, damit meine ich den Wirtschaftsminister – sind fest davon überzeugt, dass wir den Fehler, den wir bei Russland begangen haben und in Teilen bei China auch schon wieder begangen haben, nicht fortsetzen sollten. Das heißt nicht, dass wir uns abkoppeln sollen von China, aber dass wir genau schauen sollten, wo wir zu abhängig sind. Da fallen einem Seltene Erden ein, da fallen einem die Masken ein, da fällt einem die große Abhängigkeit einiger großer wichtiger Firmen vom chinesischen Markt ein und da muss sich was ändern.

Schmidt-Mattern: Herr Hofreiter, das ganz große Bild, das Sie da jetzt zeichnen, lassen Sie uns das ein wenig runterbrechen und zunächst mal auf der politischen Ebene bleiben. Mir fällt auf, dass Sie eben in Ihrer Auflistung der Einigkeit nicht Ihre Koalitionspartner, vor allem nicht die SPD erwähnt haben, und schon in der Vergangenheit ist aufgefallen, dass der Kanzler und die Außenministerin da nicht immer mit einer Stimme gesprochen haben in der Außenpolitik. Haben Sie denn wenigstens innerhalb der Ampel eine gemeinsame China-Linie?

Hofreiter: Es gibt auch innerhalb der Ampel genau über diese Fragen massive Diskussionen und Sie haben es richtig angesprochen. Da ist FDP und Grüne auf der einen Seite und die SPD, tendenziell das Kanzleramt, – das hat sich ja auch beim Hamburger Hafen gezeigt – auf der anderen Seite. Aber

da das sehr, sehr entscheidende und grundlegende Fragen sind, muss man weiter damit ringen, und wir hoffen, dass wir in den nächsten Wochen und Monaten die SPD überzeugt bekommen, dass wir den Fehler, den wir bei Russland begangen haben, nicht bei China fortsetzen sollten.

Schmidt-Mattern: Was konkret werfen Sie denn der SPD vor?

Hofreiter: Ich werfe der SPD konkret gar nicht so viel vor, sondern Sie haben beim Hamburger Hafen gesehen, dass die SPD da mehr Hoffnung drin hat, dass die Abhängigkeit von China gar keine so schlimme ist. Ich glaube, das ist am Ende eine gefährliche Strategie, weil wir nicht wissen, wie China sich zukünftig verhält. Die letzten fünf Jahre hat es sich weniger demokratisch entwickelt, hat die Menschenrechte mehr unter Druck gesetzt, ist näher an Russland herangerückt, insbesondere seit dem Angriff von Russland auf die Ukraine, bedroht Taiwan immer stärker. Ich glaube, unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass wir unabhängiger davon werden, dass wir China deutlich machen können, wir werden nie und nimmer akzeptieren, dass sie Taiwan attackieren, und, wenn man sich darauf vorbereiten kann, dass man das ökonomisch auch durchstehen kann.

Schmidt-Mattern: Jetzt geht es ein bisschen hin und her. Jetzt sind wir wieder bei Taiwan. Ich versuche jetzt noch mal, weil Sie mehrfach den Hamburger Hafen angesprochen haben, darauf zu sprechen zu kommen. Da gibt es jetzt gerade in diesen Tagen Meldungen, dass der Einstieg Chinas im Hamburger Hafen durch das Unternehmen Cosco doch wieder kippen könnte. Ist das die Souveränität, die Sie verlangen?

Hofreiter: Es geht darum, dass der Hamburger Hafen eine strategische Infrastruktur ist, und strategische Infrastrukturen, da sollten wir sehr, sehr vorsichtig sein, dass man zumindest in Teilen autokratischen Regimen darüber Kontrolle gibt. Aber wie gesagt, das Hauptproblem beim Hamburger Hafen ist ja schon beseitigt gewesen in der Vergangenheit, weil es gelungen ist durchzusetzen, dass die Beteiligung stark reduziert worden ist.

Schmidt-Mattern: Wird sie denn nun kippen oder nicht? Ich verstehe nicht, ob es da nun eine gemeinsame Linie der Ampel-Koalition gibt oder nicht.

Hofreiter: Das ist, wie gesagt, noch eine etwas offene Frage, ob das kippt oder nicht. Aber es ist immerhin gelungen deutlich zu machen, dass so etwas wie ein Hafen eine strategische Infrastruktur ist, und das ist ja auch ein weiterer Fortschritt in der Debatte.

Schmidt-Mattern: Wirft das einen Schatten, diese neue Hafendebatte um den Einstieg Chinas im Hamburger Hafen? Wirft das einen Schatten auf die Reise von Annalena Baerbock?

Hofreiter: Nein. Wir sollten das auch nicht überbewerten. Außerdem ist Peking sehr wohl bekannt, dass Annalena Baerbock eine klare Haltung zu China hat, sowohl was die Menschenrechte angeht als auch, was die Taiwan-Frage angeht als auch, was die Frage Russlands angeht. China könnte ja auch eine sehr, sehr positive Rolle spielen. Es könnte massiv Druck ausüben auf Russland und dafür sorgen, dass eine Chance besteht für diplomatische Lösungen. Das hat es bis jetzt nicht getan. Es könnte seine Aggression gegenüber Taiwan einstellen und es könnte den Menschenrechten in China gegenüber eine positivere Rolle einnehmen. Dann wäre das ein sehr guter, spannender Handelspartner. Man darf eins nicht vergessen: Für den Kampf gegen die Klimakrise brauchen wir die Zusammenarbeit mit so einem großen und wichtigen Land wie China. Deswegen sollten wir auch immer wieder China aufzeigen, wie sich Europa verhält, wie sich Deutschland verhält, hängt ganz stark davon ab, ob China eine aggressive und negative internationale Rolle spielt, oder ob es eine positive Rolle spielt.

Schmidt-Mattern: Die Dringlichkeit ist groß. Umso mehr die Frage, Herr Hofreiter: Warum dauert es dann so lange, bis die Bundesregierung ihre China-Strategie vorlegt? Die fehlt immer noch.

Hofreiter: Das dauert deshalb so lange, weil es da gewisse Debatten gibt, und die Debatten haben wir schon angesprochen, weil es auf der einen Seite in der Ampel Partner gibt, die einen kritischeren Blick haben, einen vorsichtigeren Blick, einen vorbereitenderen Blick, und es gibt Partner in der Ampel und wir können sie auch benennen, die sitzen in der SPD, die glauben, dass das alles schon nicht so schlimm kommen wird. Das hoffen wir auch, dass es nicht so schlimm kommen wird, aber besser ist es, sich vorzubereiten und dann die Möglichkeit zu haben zu reagieren.

Schmidt-Mattern: Das birgt neuen Konfliktstoff auch innerhalb Ihrer Koalition. Offenbar herrscht da gar keine Einigkeit innerhalb der Ampel, was den Umgang mit China angeht?

Hofreiter: Gar keine Einigkeit ist jetzt deutlich übertrieben, denn man hat ja auch am Beispiel des Hamburger Hafens eine Einigkeit gefunden. Aber es gibt da einfach unterschiedliche Perspektiven in einem gewissen Umfang und das muss ausdiskutiert werden bei so einer wichtigen Frage.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.